

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Literaturverzeichnis	29
Teil 1: Zielsetzung und Aufbau des Handbuchs (<i>Dannecker/Leitner</i>)	
A. Zur Notwendigkeit der Geldwäsche-Compliance der steuer- und rechtsberatenden Berufe	39
B. Umsetzung der die rechts- und steuerberatenden Berufe treffenden Pflichten: Hinweise zur Benutzung dieses Handbuchs in der Praxis	63
C. Orientierung im Kompendium zur Geldwäsche-Compliance	66
Teil 2: Rechtspolitische und strafrechtliche Grundlagen der Geldwäsche-Compliance (<i>Bülte</i>)	
A. Die Bekämpfung der Geldwäsche und ihre rechtlichen Grundlagen	77
B. Grundbegriffe der Geldwäscherei gemäß § 165 StGB	138
Teil 3: Berufsrechtliche Grundlagen der Geldwäsche-Compliance (<i>Bülte/Brandl</i>)	
A. Die Pflicht zur Beachtung der „customer due diligence“ nach dem österreichischen Berufsrecht (WT-ARL, RAO und NO) und der Richtlinie 2005/60/EG (<i>Bülte/Brandl</i>).....	273
B. Die Pflichten des Berufsberechtigten im Verdachtsfall (<i>Bülte</i>)	339
C. Die Pflicht zur Entwicklung, Einrichtung und Durchführung von Verfahren und Strategien zur Geldwäsche-Compliance (<i>Bülte</i>)	396
D. Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten (<i>Bülte</i>).....	418
Teil 4: Handhabung der Geldwäsche-Compliance in der Praxis (<i>Bülte/Brandl</i>)	
A. Kriterien zur Erkennung von Geldwäscheverdachtsfällen (<i>Bülte</i>)	427
B. Leitfaden zum Vorgehen im Einzelfall (<i>Bülte/Brandl</i>)	438
Teil 5: Anhang	
A. Vorschriften aus dem Gemeinschaftsrecht und dem nationalen Recht	499
B. Checklisten und Merkblätter	552
C. Internetadressen	562
Stichwortverzeichnis	565
Verzeichnis der Herausgeber und Autoren	573

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Literaturverzeichnis	29

Teil 1

Zielsetzung und Aufbau des Handbuchs

A. Zur Notwendigkeit der Geldwäsche-Compliance der steuer- und rechtsberatenden Berufe	39
I. Wesen und Bedeutung der Compliance	39
1. Elemente und Grundstruktur der Compliance im Unternehmen	40
2. Rechtliche und praktische Bedeutung von Compliance-Programmen	41
II. Geldwäsche und Geldwäschebekämpfung durch Inpflichtnahme Angehöriger rechts- und steuerberatender Berufe	43
1. Begriff der Geldwäsche	44
2. Inpflichtnahme Dritter durch Statuierung von Meldepflichten ..	45
3. Einführung eines selbständigen Straftatbestandes der Geldwäscherei	45
4. Verbandsstrafbarkeit im Zusammenhang mit der Geldwäscherei	47
5. Zivil- und berufsrechtliche Sanktionen	47
III. Aufsichtsrechtliche Inpflichtnahme Privater und ihre strafrechtliche Relevanz.....	47
1. Privatisierung der Gefahrenabwehr	48
2. Privatisierung der Strafverfolgung	49
a) Keine privaten Ermittlungspflichten im Dienste der Strafverfolgung	49
b) Anzeigepflichten Privater im Dienste der Strafverfolgung ...	50
IV. Effektive Geldwäschebekämpfung im Spannungsfeld zur freien, vertrauensvollen Berufsausübung.....	51
1. Meldepflichten Privater und ihre Grundrechtsrelevanz.....	51
2. Verdachtsanzeigepflicht der steuer- und rechtsberatenden Berufe im verfassungsrechtlichen Spannungsfeld.....	51
3. Verfassungsrechtliche Vorgaben als Auslegungsmaßstab für die Geldwäsche-Compliance-Pflichten	53
V. Auswirkungen der Risiken einer Geldwäschereistrafbarkeit auf einzelne Betätigungsfelder des Beraters	53
1. Honorarannahme im Allgemeinen.....	53
2. Auswirkungen auf die einzelnen Tätigkeitsfelder	54
a) Strafverteidiger/Steuerstrafverteidiger	54
b) Tax litigation (Steuerstreitverfahren)	56

- c) Steuerberatung (Buchhaltung/Bilanzierung/
Erklärungserstellung) 56
- d) Steuerberater als Sonderberater in der Steuergestaltung..... 57
- e) Wirtschaftsprüfer (Pflichtprüfungen und freiwillige
Prüfungen)..... 57
- f) Vermögensverwaltung, Beteiligung an Transaktionen,
Treuhand- und Anderkonten 60
- g) Subjektive Synergieeffekte infolge Zusammenwirkens
verschiedener Tätigkeitsbereiche der Berater 60
- 3. Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiko und die
Verdachtsprüfung als Dienstleistung für den Mandanten 61
- B. Umsetzung der die rechts- und steuerberatenden Berufe treffenden
Pflichten: Hinweise zur Benutzung dieses Handbuchs in der Praxis 63
- C. Orientierung im Kompendium zur Geldwäsche-Compliance 66
 - I. Aufbau des Handbuchs 66
 - II. Teil 2: Rechtspolitische und strafrechtliche Grundlagen der
Geldwäsche-Compliance 66
 - 1. Abschnitt A: Die Bekämpfung der Geldwäscherei und ihre
rechtlichen Grundlagen..... 66
 - 2. Abschnitt B: Grundbegriffe der Geldwäschereistrafbarkeit..... 67
 - III. Teil 3: Berufsrechtliche Grundlagen der Geldwäsche-
Compliance 68
 - 1. Abschnitt A: Die Pflicht zur Beachtung der „customer due dili-
gence“ nach dem österreichischen Berufsrecht (WT-ARL,
RAO und NO) und der Richtlinie 2005/60/EG 68
 - 2. Abschnitt B: Die Pflichten des Berufsberechtigten im
Verdachtsfall..... 70
 - 3. Abschnitt C: Die Pflicht zur Entwicklung von Verfahren und
Strategien zur Erkennung, Bewertung und Minimierung von
Geldwäscherisiken..... 71
 - 4. Abschnitt D: Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten ... 72
 - IV. Teil 4: Handhabung der Geldwäsche-Compliance in der Praxis 72
 - 1. Abschnitt A: Kriterien zur Erkennung von
Geldwäscherisiken..... 72
 - 2. Abschnitt B: Leitfaden zum Vorgehen im Einzelfall 74
 - V. Teil 5: Anhang 74

Teil 2
Rechtspolitische und strafrechtliche Grundlagen der
Geldwäsche-Compliance

- A. Die Bekämpfung der Geldwäsche und ihre rechtlichen Grundlagen 77
 - I. Gefahren durch die Geldwäsche und Notwendigkeit einer
globalen Bekämpfung 78

1.	Gefahren der Geldwäsche für Wirtschaft und Gesellschaft	78
a)	Österreich	79
b)	Deutschland	79
c)	Schadensumfang	80
2.	Sozialschädlichkeit der Geldwäsche	81
3.	Begriff der Geldwäsche, wesentliche Abläufe und Techniken ..	82
a)	Begriff der Geldwäsche.....	82
b)	Ablauf und Stufen der Geldwäsche.....	85
(1)	Die „placement stage“ oder Unterbringung.....	85
(2)	Das „layering“ oder Verwirrspiel	86
(3)	Die „integration“ oder Rückführung	87
c)	Typische Techniken der Geldwäsche.....	88
II.	Bekämpfungsstrategien.....	91
1.	Allgemeines	91
2.	Wiener Übereinkommen der Vereinten Nationen	92
3.	Übereinkommen des Europarates über Geldwäsche	92
4.	Die Financial Action Task Force on Money-Laundering (FATF)..	93
5.	Europäische Union	94
a)	Erste Geldwäscherichtlinie des Europäischen Rates und des Parlaments (1991)	94
b)	Zweite Geldwäscherichtlinie des Europäischen Rates und des Parlaments (2001)	96
c)	Dritte Geldwäscherichtlinie des Europäischen Rates und des Parlaments (2005)	97
6.	Nichtregierungs-Organisationen.....	100
III.	Ziele und möglicher Nutzen einer effektiven Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	101
1.	Bekämpfung und Verhinderung der Geldwäsche und der Terro- rismusfinanzierung durch Abschreckung und Sensibilisierung ..	102
2.	Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus durch Kapitalentzug	102
3.	Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus durch Gewinnung von Informationen für die Strafverfolgung.....	103
IV.	Vorgaben der Europäischen Union zur Bekämpfung der Geldwäsche durch Indienstnahme spezieller Berufsgruppen	103
1.	Inanspruchnahme verschiedener Berufsgruppen.....	104
2.	Praktische Auferlegung von Pflichten für die einzelnen Berufsgruppen	105
3.	Problematik des Eingriffs in Grundfreiheiten und ihre Rechtfertigung	106
a)	Rechtsprechung des EuGH zur Verletzung von Menschenrechten durch Geldwäschemeldepflichten.....	106

b)	Österreich: Verletzung der Verschwiegenheitspflicht als elementarer Standespflicht der freien Berufe.....	109
c)	Deutschland: Verletzung des Grundrechts auf Berufsfreiheit (Art. 12 dGG)	109
4.	Pflichtenkatalog nach der Richtlinie 2005/60/EG	110
a)	Allgemeines.....	111
b)	Identifizierungspflichten (Art. 6 ff.)	112
c)	Warte-/Innehaltungspflicht (Art. 8, 9)	113
d)	Melde-/Schweigepflicht (Art. 20 ff., 28 ff.).....	113
e)	Auskunftspflicht gegenüber Behörden (Art. 22 Abs. 1 lit. b) ..	114
f)	Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht (Art. 30).....	114
g)	Ausnahmen von den Sorgfaltspflichten für die Rechtsberufe...	115
h)	Vorgaben der Europäischen Union hinsichtlich der strafrechtlichen Sanktionierung der Geldwäsche und der Erfüllung der Berufspflichten	115
i)	Pflicht zum Monitoring und zur Schulung (Art. 34, 35)	117
j)	Haftungsprivilegierung (Art. 26)	118
5.	Ausblick auf zu erwartende Weiterungen des Pflichtenkatalogs durch weitere EG-Richtlinien.....	118
V.	Internationale Vorgaben zur Harmonisierung des Geldwäschereitatabstandes versus mitgliedstaatlich divergierende Umsetzungen....	119
1.	Harmonisierungsbestrebungen der Europäischen Union	119
2.	Rechtliche Qualität der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben	120
3.	Friktionen durch unterschiedliche Umsetzungen in den Mitgliedstaaten	120
a)	Probleme im Verhältnis der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen zueinander	121
b)	Friktionen innerhalb der österreichischen Rechtsordnung....	121
4.	Legislatorische Umsetzung der drei Geldwäscherichtlinien in Österreich	123
a)	Umsetzung durch Einführung der Geldwäschereistrafbarkeit ..	123
b)	Umsetzung der Geldwäscherichtlinie durch Indienstnahme Privater	124
c)	Sanktionen bei Verletzung der Richtlinienpflichten	125
5.	Grundlegende Differenzen bei der Umsetzung der Dritten Geldwäscherichtlinie, dargestellt am Beispiel Österreichs und Deutschlands.....	126
VI.	Wahrnehmung der Pflichten als Chance für die steuer- und rechtsberatenden Berufe.....	128
1.	Minimierung der bestehenden Risiken bei Kontakt mit inkriminierten Vermögensbestandteilen.....	129
a)	Strafbarkeit wegen Geldwäscherei.....	129
b)	Strafbarkeit des Mitarbeiters wegen Verletzung der Pflichten zur Geldwäsche-Compliance	131

c)	Sanktionen gegenüber juristischen Personen	131
d)	Berufsrechtliche Sanktionen	131
e)	Einziehung	131
f)	„Infektion des Vermögens“ des Beraters, der Beratungsgesellschaft und ihre Folgen	132
g)	Zivilrechtliche Haftung	132
h)	Außerrechtliche Folgen durch Reputationsverlust	133
2.	Beratung des Mandanten über Geldwäscherisiken.....	134
3.	Wettbewerbsvorteile durch Geldwäsche-Compliance gegenüber der Konkurrenz	135
4.	Absicherung der Unternehmensphilosophie.....	135
VII.	Essentielle Grundfragen der weiteren Betrachtung	136
B.	Grundbegriffe der Geldwäscherei gemäß § 165 StGB	138
I.	Deliktsstruktur.....	138
II.	Schutzgut.....	138
III.	Vortatenkatalog und Geldwäschereitauglichkeit von Vermögensbestandteilen	140
1.	Allgemeines	140
2.	Besondere Risikogruppen.....	142
a)	Bestechung und sonstige Korruptionsdelikte.....	142
b)	Untreue	144
c)	Betrug.....	144
d)	Urkundendelikte	145
e)	Qualifizierter Schmuggel und Hinterziehung von Eingangsabgaben.....	147
(1)	Grundkonstellation	147
(2)	Herrühren aus der Vortat	148
(3)	Abgabenerparnis als Tatobjekt.....	149
(4)	Faktisch „zollfreie“ Ware	150
3.	Sonderfall: Gewerbsmäßige Abgabenhinterziehung (§§ 33, 38 FinStrG).....	151
a)	Allgemeine Problemdarstellung	151
b)	Streitstand zum Verbrechenscharakter von §§ 33, 38 FinStGr	152
c)	Verstoß gegen das Analogieverbot	159
d)	Teleologische Reduktion des § 165 StGB	160
e)	Zusammenfassung.....	161
4.	Organisationsbezogene Tatobjekte der Geldwäscherei: Bestandteile des Vermögens einer kriminellen Vereinigung	162
a)	Kriminelle Organisationen	162
b)	Terroristische Vereinigung.....	165
IV.	Kontaminiertes Vermögen	165
1.	Vermögensbestandteile.....	165

2.	Herrühren im Sinne des § 165 Abs. 4 StGB.....	166
a)	Allgemeines.....	166
b)	Voraussetzungen für die Erfassung des Surrogats.....	167
c)	Erlangen durch den Täter bei juristischen Personen.....	168
	(1) Streitstand hinsichtlich der Täterschaft des Verbandes ..	169
	(2) Ergebnis.....	170
	(3) Praktischer Lösungsansatz.....	171
d)	Indirekte Taterträge.....	171
	(1) Ausgangssituation.....	172
	(2) Schutzzweck des § 165 und Intention des § 165a StGB ..	173
3.	Bestandteile des Vermögens einer kriminellen Organisation oder terroristischen Vereinigung.....	175
4.	Reichweite der Kontamination des Vermögens und Grenzen der Inkriminierung.....	177
5.	Möglichkeiten der Reinigung des kontaminierten Vermögens ..	179
a)	Reinigung von Surrogaten durch Ausscheiden aus der Umwandlungskette.....	180
b)	Reinigung des Ursprungsgegenstandes durch Veräußerung/gutgläubigen Erwerb.....	180
c)	Reinigung durch Selbstanzeige oder tätige Reue.....	182
	(1) Ausgangslage.....	182
	(2) Charakter, Rechtsnatur und Zweckrichtung des § 29 FinStrG.....	183
	(3) Fazit für die Selbstanzeige nach § 29 FinStrG.....	185
	(4) Übertragbarkeit auf die tätige Reue nach §§ 165a, 167 StGB.....	186
V.	Tathandlungen der Geldwäscherei und ihre subjektiven Voraussetzungen.....	187
1.	Verbergen, Verschleiern der Herkunft bei dolus eventualis hinsichtlich der Vortat.....	188
2.	Wissentlicher Kontakt mit inkriminiertem Vermögen.....	190
a)	Tathandlungen des § 165 Abs. 2 StGB.....	190
b)	Vorsatz hinsichtlich der Tathandlung.....	192
c)	Sonderproblem des Unterlassens der Verhinderung fremder Straftaten gemäß § 286 StGB.....	193
3.	Tatbestand der organisationsbezogenen Geldwäscherei.....	194
a)	Handeln im Auftrag der Gruppierung.....	195
b)	Handeln im Interesse der Gruppierung.....	196
c)	Teleologische Reduktion des Tatbestandes.....	196
d)	Erforderlicher Vorsatz in der organisationsbezogenen Geldwäscherei.....	199
4.	Strafbarkeit wegen Geldwäscherei durch Unterlassen.....	200
a)	Grundsätzliches.....	201

(1) Garantenpflicht	201
(2) Das Gleichwertigkeitskorrektiv im Allgemeinen	201
(3) Das Gleichwertigkeitskorrektiv im Geldwäscherei- tatbestand	202
b) Untätigbleiben bei zuvor begangener Geldwäschehandlung ohne Vorsatz hinsichtlich der Herkunft	203
(1) Unterlassungsstrafbarkeit aufgrund vorheriger berufsinadäquater Handlungen (§ 165 Abs. 1 StGB)	204
(2) Unterlassungsstrafbarkeit aufgrund vorheriger berufsadäquater Tathandlungen (§ 165 Abs. 2 StGB) ...	205
(3) Fortsetzen der Verwahrung in Kenntnis der Inkriminierung	207
c) Berufliche Pflichten als strafrechtliche Garantenpflichten ...	208
(1) Berufsrechtliche Meldepflicht als Garantenpflicht.....	208
(2) Meldepflicht bei durchgeführter Geldwäscherei	209
(3) Meldepflicht bei bevorstehender, aber noch nicht strafrechtlich versuchter Geldwäscherei	210
(4) Meldepflicht bei drohender „Eigengeldwäsche“	211
(5) Zwischenergebnis	212
(6) Einschränkung der Strafbarkeit aufgrund der Zielrichtung der Garantenpflicht	212
d) Strafbarkeit der schlichten Nichtmeldung.....	212
e) Verhaltenshinweise für den Berater	214
5. Beteiligung an der Geldwäscherei.....	216
a) Allgemeines.....	216
b) Bestimmungs- und Beitragstäterschaft durch Beteiligung an einer Eigengeldwäsche	216
6. Bußgeldsanktionen gegenüber Verbänden wegen Geldwäsche..	220
7. Problematik des berufsneutralen oder sozial adäquaten Handelns	221
a) Strafbarkeit wegen vortatbezogener Geldwäscherei durch Honorarannahme	221
b) Strafbarkeit wegen organisationsbezogener Geldwäscherei durch Honorarannahme	223
c) Geldwäschereistrafbarkeit aufgrund reiner Rechtsberatung und typischer Tätigkeiten der Steuerberater	224
d) Verteidigung im Gewinnabschöpfungsverfahren	225
8. Irrtumsproblematik	227
a) Irrtum über die rechtliche Würdigung der Vortat	227
b) Irrtum hinsichtlich der tatsächlichen Umstände der Vortat ..	229
c) Problem des Vertrauens in die Angaben des Mandanten und Mandatierung durch den „dummen, ehrlichen“ Mandanten..	229
VI. Qualifikation der Geldwäscherei gemäß § 165 Abs. 3 StGB	230

VII. Versuch	231
VIII. Tätige Reue gemäß § 165a StGB	231
IX. Sonderfragen bei internationalen Implikationen von Geldwaschereitaten	233
1. Strafanwendungsrecht bei Geldwäsche mit Auslandsbezug	233
a) Strafanwendungsrecht bei inländischer Mitwirkung an der Begehung einer Geldwäscherei im Ausland	233
b) Strafanwendungsrecht bei ausländischer Mitwirkung an der Begehung einer Geldwäscherei im Inland	234
c) Strafanwendungsrecht bei Vornahme der Geldwäscherei- handlungen oder Mitwirkung an einer Geldwäscherei durch eine im Ausland vorgenommene Handlung	234
d) Strafanwendungsrecht bei im Ausland begangener Geldwäscherei in Bezug auf einen Gegenstand, der aus einer inländischen Vortat herrührt	235
e) Strafanwendungsrecht bei Geldwäscherei in Bezug auf das Vermögen einer ausländischen kriminellen Vereinigung	235
2. Strafbarkeit bei Geldwäscherei im Inland hinsichtlich durch Auslandstaten erworbener Vermögensbestandteile	236
a) Grundproblematik	237
b) Lösungsweg	238
c) Einschränkungen	240
d) Rückausnahme	240
e) Fazit	241
3. Killmanns Sonderweg hinsichtlich der Finanzstraftaten	241
a) Sonderproblematik der Geldwäscherei in Bezug auf Vermögen aus ausländischen Finanzstraftaten	241
b) Ergebnis	243
4. Anwendbarkeit ausländischen Strafrechts auf Geldwaschereihandlungen in Osterreich	243
a) Strafbarkeit bei Geldwaschekatalogdifferenzen und Auslandsbezug	243
(1) Ausgangssachverhalt und strafrechtliche Bewertung nach dem dStGB	244
(2) Bewertung nach osterreichischem Berufsrecht	245
(3) Strafrechtsbeschrankende Wirkungen der gemeinschaftsrechtlichen Grundfreiheiten	246
(4) Strafrechtsbeschrankender Anwendungsvorrang der Berufsregelungen des Ansässigkeitsstaates	247
(5) Übertragbarkeit der Beschrankungskonzeption von der Steuerhinterziehung auf die Geldwaschestrafbarkeit	248
(6) Missbrauchsvorbehalt	251
(7) Fazit	252

b)	Strafbarkeit bei Beteiligung an einer Auslandsgeldwäsche aufgrund leichtfertiger Unkenntnis von der Inkriminierung eines Vermögensbestandteils	252
(1)	Verschleiern oder Verbergen durch Beraten des Täters bei leichtfertiger Unkenntnis hinsichtlich der Herkunft des Vermögensgegenstandes	253
(2)	Leichtfertiges Vereiteln von Restitutionsmaßnahmen durch die Beratung	254
(3)	Leichtfertiges Isolieren durch Beraten des Täters	255
(4)	Ergebnis	255
c)	Strafbarkeit bei Vornahme von Transaktionen im Inland und Leichtfertigkeit hinsichtlich der Herkunft	255
(1)	Territorialitätsprinzip	256
(2)	Verschleierungstatbestand	257
(3)	Vereitelungstatbestand	257
(4)	Isolierungstatbestand	258
X.	Steuerberatung als strafbare Geldwäscherei	261
1.	Täterschaftsformen der Geldwäscherei durch Dienstleistungen des Wirtschaftstreuhanders	261
2.	Differenzierung zwischen Steuerberatung und Steuergestaltungsberatung	262
a)	Steuergestaltungsberatung	262
b)	Steuerrechtsberatung, Erklärungserstellung und steuerrechtliche Vertretung	262
3.	Abgrenzungsprobleme	263
XI.	Ahndungsverzicht nach § 22 Abs. 2 und 3 FinStrG	265
1.	Betrug als Begleitatt (§ 22 Abs. 2 FinStrG)	265
2.	Urkundenfälschung oder Beweismittelfälschung als Begleitatt (§ 22 Abs. 3 FinStrG)	266
XII.	Wiederaufleben von Betrug und Urkunden- und Beweismittelfälschung als Vortaten durch die steuerstrafrechtliche Selbstanzeige?	267
XIII.	Verjährung	268

Teil 3

Berufsrechtliche Grundlagen der Geldwäsche-Compliance

A.	Die Pflicht zur Beachtung der „customer due diligence“ nach dem österreichischen Berufsrecht (WT-ARL, RAO und NO) und der Richtlinie 2005/60/EG	273
I.	Allgemeines	273
1.	Grundlage der Pflichten der Berufsberechtigten	273
a)	Gemeinschaftsrechtliche Grundlage	274
b)	Nationalrechtliche Grundlagen	274

(1) Pflichten der Wirtschaftstreuhänder	275
(2) Pflichten der Rechtsanwälte und Notare.....	275
2. Adressat der Sorgfaltspflichten (§ 32 Abs. 2 i.V.m. § 7 Abs. 2, 3 WT-ARL; § 8a Abs. 1 i.V.m. § 1a Abs. 6 RAO; § 36a Abs. 1 NO).....	276
II. Identifizierungspflicht vor Auftragsdurchführung bzw. Begründung der Geschäftsbeziehung (§§ 33 ff. WT-ARL, § 8a RAO, § 36a NO)	276
1. Allgemeines zu § 33 WT-ARL, § 8b Abs. 1 RAO, § 36b Abs. 1 NO	277
a) Begründung einer Geschäftsbeziehung	278
b) Abwicklung von Transaktionen oberhalb des Schwellenwertes.....	280
c) Besondere Verdachtsmomente hinsichtlich Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung.....	281
d) Zweifel an der Echtheit oder Angemessenheit von Kundenidentifikationsdaten	282
2. Voraussetzungen für die grundsätzliche Identifizierungspflicht ...	282
3. Einteilung der Pflichten aus § 34 WT-ARL, § 8b RAO, § 36b NO	283
4. Der Grundfall der Identifizierungsverpflichtung nach § 34 Abs. 3 WT-ARL, § 8b Abs. 1 RAO, § 36 Abs. 1 NO	283
a) Begriffsdefinitionen und Auslegung von § 34 Abs. 3, 4 WT-ARL, § 8b Abs. 1, 3 RAO, § 36b Abs. 1, 3 NO	284
(1) Identifizierung.....	284
(2) Auftraggeber/Partei.....	284
(3) Wirtschaftlicher Eigentümer.....	285
(4) Grundfall.....	285
b) Identifizierung des Auftraggebers aus glaubwürdiger Quelle (§ 34 Abs. 3 Z 4 WT-ARL, § 8b Abs. 2 RAO, § 36b Abs. 2 NO)	285
(1) Datenfeststellung	286
(2) Verifizierung der Daten	286
(3) Exkurs: Alternativen zur Verifizierung durch amtlichen Lichtbildausweis beim Wirtschaftstreuhänder	287
c) Ausnahmefälle.....	290
(1) Verifizierung bei Aufnahme einer neuen Geschäftsbeziehung.....	291
(2) Nachträgliche Identifizierung bei Altmandanten.....	293
d) Handeln „in fremdem Namen“ im Sinne des § 34 Abs. 3 Z 2 WT-ARL	294
(1) Der wirtschaftliche Eigentümer.....	295
(2) Vornahme der Identifizierung.....	297

(3) Verständlichmachen der Eigentums- und Kontrollstruktur	298
e) Identifizierung bei juristischen Personen	299
(1) Identifizierung der juristischen Person	299
(2) Identifizierung des Vertreters der juristischen Person ...	300
(3) Feststellung des wirtschaftlichen Eigentümers.....	300
f) Identifizierung von wirtschaftlich Berechtigten bei sog. Rechtsvereinbarungen (Trusts)	301
5. Ermittlung des Geschäftszwecks	302
6. Vereinfachte Sorgfaltsanforderungen gemäß § 36 WT-ARL, § 8e RAO, § 36e NO	303
a) Geldwäschebekämpfungsmaßnahmen unterworfenen Kredit- oder Finanzinstitut als Auftraggeber	304
b) In Mitgliedstaaten zugelassene börsennotierte Gesellschaft und börsennotierte Drittlandsgesellschaft bei hinreichenden Offenlegungspflichten	305
c) Wirtschaftlicher Eigentümer von Sammelkonten, die von Notaren, Wirtschaftstreuhandern und Rechtsanwälten gehalten werden	305
d) Inländische Behörde	306
e) Behörde oder öffentliche Einrichtung bei Erfüllung bestimmter Bedingungen	306
f) Weitere Ausnahmefälle	307
7. Verstärkte Sorgfaltsanforderungen (§ 37 WT-ARL, §§ 8b Abs. 3, 8f RAO, §§ 36b Abs. 3, 36f NO)	307
a) Ferngeschäft: Verstärkte Maßnahmen zur Identitätssicherung	308
(1) Erhöhte Anforderungen an die Identifizierung	308
(2) Möglichkeit der Identifizierung über andere geldwäschesorgfaltspflichtige Berufsberechtigte	310
b) Geschäftsbeziehung zu politisch exponierten Personen	311
(1) Definition der politisch exponierten Personen	311
(2) Einschränkung der Ermittlungspflichten durch den Begriff „bekanntermaßen“	312
(3) Maßnahmen bei Geschäftsbeziehungen zu politisch exponierten Personen.....	313
c) Leistungen oder Transaktionen, die Anonymität begünstigen könnten.....	315
8. Pflicht zur besonders sorgfältigen Prüfung aufgrund erhöhten Geldwäscherisikos	316
9. Ausnahme von der Pflicht zur Identifizierung vor Begründung der Geschäftsbeziehung	317
a) „Während der Begründung“ der Geschäftsbeziehung	317

	b) Geringes Geldwäscherisiko und Unterbrechung des normalen Geschäftsablaufs	318
III.	Pflicht zur Erstellung eines Risikoprofils und zur Überwachung....	321
	1. Qualität der Überwachungspflicht.....	322
	2. Inhalt der Überwachungspflicht	323
	a) Allgemeine Pflicht zur Erstellung eines Risikoprofils für Geschäftsbeziehungen.....	323
	b) Pflicht zur Aktualisierung von Risikoprofilen (§ 34 Abs. 3 Z 6, § 8b Abs. 6 Satz 3 RAO, § 36b Abs. 6 Satz 3 NO)	324
	c) Spezifische Pflicht zur Überwachung von Geschäfts- beziehungen zu politisch exponierten Personen	325
IV.	Folge der Unmöglichkeit, die Sorgfaltspflichten zu erfüllen.....	326
	1. Grundsatz.....	326
	2. Ausnahme von der Pflicht zur Verweigerung der Auftragsausführung oder Mandatsbeendigung	328
	a) Allgemeines	328
	b) „Beurteilung der Rechtslage des Auftraggebers“	329
	c) Rechtsberatung als Restriktionskriterium	330
	d) Tätigkeiten mit Mischcharakter bei Trennbarkeit der Auftragsgegenstände	331
	e) Tätigkeiten mit Mischcharakter bei Untrennbarkeit der Auftragsgegenstände	332
	3. Rückausnahme.....	334
V.	Typische Fälle der Identifizierung	335
	1. Grundfall.....	335
	2. Juristische Person als Auftraggeber.....	336
	a) Identifizierung der Personen	336
	b) Feststellung der wirtschaftlichen Eigentümer	337
	3. Treuhandkonstellation	337
	4. Ferngeschäft	337
	5. Politisch exponierte Personen.....	338
	6. Identifizierungsverweigerung	338
B.	Die Pflichten des Berufsberechtigten im Verdachtsfall	339
I.	Grundsätzliches.....	339
1.	Verpflichteter des § 39 WT-ARL.....	340
a)	Person des Verpflichteten	341
b)	Probleme der Verdachtsmeldung innerhalb von Gesellschaften und Konzernen.....	342
c)	Recht auf eine Rückäußerung der Behörde.....	344
2.	Melde- bzw. Informationspflicht.....	344
a)	Meldepflicht	344
(1)	Geldwäschebegriff von § 39 Abs. 2 WT-ARL, § 8c Abs. 1 Satz 1 RAO, § 36c Abs. 1 Satz 1 NO.....	345

(1) Vorliegen eines Verdachts im weiteren Sinne.....	349
(2) Verdacht oder Kenntnis nur hinsichtlich der Vortat.....	351
(3) Kenntnis von konkreten Geldwäschehandlungen des Mandanten in der Vergangenheit oder unabhängig von den Diensten des Berufsberechtigten.....	351
(4) Haftungsprivilegierung bei sorgfältiger Würdigung der Gesamtumstände vor der Meldung.....	354
(5) Keine grundsätzliche Erkundigungspflicht zur Verdachtsbegründung.....	356
(6) Kein Entfallen der Meldepflicht bei Ablehnung des Mandats.....	357
(7) Meldepflicht bei Verhinderung der Geldwäsche- handlung des Mandanten durch den Berufsberechtigten	359
b) Innehaltungspflicht (§ 39 Abs. 3 Satz 2 WT-ARL, § 8c Abs. 2 Satz 1 RAO, § 36c Abs. 2 Satz 1 NO).....	360
c) Nachträgliche Informationspflicht im Fall unaufschiebbarer Geschäfte.....	361
(1) Zweckrichtung und Rechtsfolge.....	361
(2) Erschwerung oder Verhinderung der Sicherstellung durch Verzicht auf die Auftragsdurchführung.....	362
d) Ausnahme von der Meldepflicht: Rechtsberatung und Verteidigung.....	364
e) Rückausnahme: Ausnutzung der Rechtsberatung für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (Korruptionsvorbehalt).....	365
(1) Kriterium des Wissens der Berufsberechtigten.....	366
(2) Begriff der Rechtsberatung im Rahmen der Rückausnahme.....	369
(3) Kenntnis von einer bewussten Ausnutzung der Leistung des Beraters.....	370
3. Pflicht zur Auskunftserteilung auf Anfrage der Behörde.....	371
4. Auswirkungen der Meldepflicht auf das Entschlagungsrecht	372
5. Verbot der Informationsweitergabe (§ 40 WT-ARL, § 8c Abs. 1a RAO, § 36c Abs. 1a NO).....	373
a) Grundlagen des Verbots im Gemeinschaftsrecht.....	373
(1) Ausnahmen für Kooperationen.....	373
(2) Versuch der Verhinderung rechtswidriger Handlungen..	374
b) Regelungen im nationalen Recht.....	375
(1) Ausnahmen vom Verbot der Informationsweitergabe....	375
(2) Versuch der Verhinderung rechtswidriger Handlungen..	377
c) Ausnahme von der Weitergabe von Informationen bei eigenem Beratungsbedarf des Berufsberechtigten.....	377
(1) Verteidigung des Geldwäschesorfgaltspflichtigen.....	378

(2) Strafrechtliche Beratung des Geldwäschersorgfalts- pflichtigen außerhalb des konkreten Strafverfahrens	378
(3) Beratung des Pflichtigen hinsichtlich der Erfüllung seiner Geldwäschersorgfaltspflichten	378
(4) Beratung des Pflichtigen in anderer Hinsicht	379
II. Differenzierung zwischen den Mandatsphasen	380
1. Verdacht bei Mandatsanbahnung	380
a) Ablehnungspflicht	380
(1) Pflicht zur Mandatsablehnung nach Erstattung einer Meldung	381
(2) Pflicht zur Mandatsablehnung ohne Erstattung einer Meldung	382
(3) Möglichkeit der Verdachtsmeldung trotz Suspendierung..	384
b) Anzeigepflicht	384
c) Honorarannahme	385
(1) Unproblematische Fälle der Honorarannahme	385
(2) Problemfälle	387
2. Verdacht während laufendem Mandat	388
a) Pflicht zum Mandatsabbruch	388
b) Anzeigepflicht bei laufendem Mandat	389
c) Honorarannahme	389
III. Rechtsfolgen der unterlassenen Verdachtsmeldung	390
1. Strafbarkeit des Berufsberechtigten wegen Geldwäscherei, Be- günstigung und Unterlassens der Verhinderung einer Straftat	390
a) Geldwäscherei durch Unterlassen	390
b) Nichtverhinderung einer Straftat	391
c) Begünstigung	391
2. Verbandsstrafbarkeit	392
a) Unterlassungen von Entscheidungsträgern	392
b) Unterlassungen von Mitarbeitern	393
3. Berufsrechtliche und verwaltungsrechtliche Sanktionen	393
4. Zivilrechtliche Haftung	394
C. Die Pflicht zur Entwicklung, Einrichtung und Durchführung von Verfahren und Strategien zur Geldwäsche-Compliance	396
I. Pflicht zur Geldwäsche-Compliance im Allgemeinen	396
II. Die Pflicht zu Compliance-Maßnahmen im Einzelnen	398
1. Einrichtung von Verfahren zum Risikomanagement	399
a) Erstellung eines Risikorasters	399
(1) Herkunft und Beschaffenheit der Verdachtskriterien	399
(2) Gewichtung	401
b) Analyse und Kategorisierung des Mandantenstamms anhand abstrakter Risikokriterien	403

c)	Bewertung der einzelnen Geschäftsbeziehung hinsichtlich ihrer Risikofaktoren	404
d)	Entwicklung eines Abwägungsverfahrens zur Bestimmung des Geldwäscherisikos	404
e)	Pflicht zum Monitoring	405
2.	Verfahren zur Absicherung der kundenbezogenen Sorgfaltspflichterfüllung	405
a)	Einführung von Verfahren zur Erkennung politisch exponierter Personen	406
b)	Verfahren zur Beachtung anderer Fälle verstärkter Sorgfaltspflichten	407
(1)	Ferngeschäfte	408
(2)	Unbenannte Fälle	408
c)	Beachtung von vereinfachten Sorgfaltspflichten	410
d)	Normalfall	411
3.	Pflicht zur Sicherstellung der Erstattung von Verdachtsmeldungen	413
4.	Schulungspflicht	414
5.	Pflicht zur Einrichtung geeigneter Kontroll- und Informationssysteme	415
6.	Schaffung und Einführung von Dokumentationsregelungen	416
D.	Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten	418
I.	Dokumentation der Risikomanagement-Maßnahmen	418
1.	Dokumentation der Identitätsfeststellung und Verifizierung	419
2.	Dokumentation der Gründe für eine Ausnahme der Identitätsfeststellung vor der Durchführung des Geschäftsvorgangs	419
3.	Dokumentation der Maßnahmen bei verstärkten Sorgfaltspflichten	420
II.	Dokumentation von Verdachtsfällen und Anzeigen	420
III.	Dokumentation der Risikorasterung und Bewertung von einzelnen Geschäftsbeziehungen	421
IV.	Dokumentation der Versuche des Beraters, eine Geldwäsche durch den Auftraggeber zu verhindern	421
V.	Dokumentation der Organisationsrichtlinie und der Tätigkeit des Beauftragten	422
VI.	Aufbewahrungspflichten	422

Teil 4

Handhabung der Geldwäsche-Compliance in der Praxis

A.	Kriterien zur Erkennung von Geldwäscheverdachtsfällen	427
I.	Kontakt zu in gefährdeten Staaten ansässigen Mandanten	428
1.	Nähe zur Terrorismusfinanzierung	428
2.	Nähe zur Korruption	429

II.	Branchenbezogene Verdachtsmomente	430
III.	Personen- und verhaltensbezogene Verdachtsmomente	431
IV.	Geschäftsbezogene Verdachtsmomente.....	433
V.	Konkretisierendes Fallbeispiel	435
	1. Sachverhalt	435
	2. Bewertung und erforderliche Reaktion des Beraters.....	436
B.	Leitfaden zum Vorgehen im Einzelfall	438
I.	Vorfrage: Wie erkenne ich einen Geldwäscheverdachtsfall?	438
II.	Entscheidende Fragen zur Beurteilung von Verdachtsfällen.....	439
	1. Strafrechtliche Geldwäscheanalyse des betroffenen Vermögensbestandteils als Basis der Beurteilung.....	439
	a) Geldwäschereivortat oder kriminelle Organisation/ terroristische Vereinigung.....	439
	b) Herrühren von Vermögensgegenständen und Infektionswirkungen	440
	2. Geldwäschereistrafbarkeit des Beraters durch Durchführung der Leistungen im Rahmen des Mandats.....	440
	a) Rechtsberatung.....	441
	b) Anlageberatung	442
	c) Steuergestaltungsberatung.....	442
	3. Strafbarkeit des Beraters durch Annahme von Honorar.....	442
	4. Wann besteht eine Meldepflicht?	443
III.	Pflichten des Beraters im „Standardfall“	444
	1. Beratungsauftrag eines unverdächtigen Neumandanten.....	444
	a) Ausgangspunkt: Strafrechtliche Gefährdungsanalyse.....	444
	b) Pflichterfüllung bei Fehlen von Geldwäscheverdachts- momenten	445
	(1) Mandatierung durch anwesenden Einzelunternehmer....	445
	(2) Mandatierung durch Ferngeschäft mit Einzelunternehmer.....	446
	(3) Mandatierung durch anwesenden Vertreter einer juristischen Person.....	446
	(4) Mandatierung durch Ferngeschäft mit Vertreter einer juristischen Person.....	446
	2. Überprüfung von bestehenden Mandaten.....	447
	a) Risikocheck	447
	b) Nachträgliche Identifizierung	447
	(1) Natürliche Person als Altmandant	448
	(2) Juristische Person als Altmandant	448
	3. Beratung eines Mandanten, der Schwarzumsätze erzielt	448
	a) Abgabhinterziehung keine Geldwäschereivortat.....	449
	b) Untreue als Geldwäschereivortat	450
	(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	450

(2) Übernahme des Mandats.....	452
(3) Honorarannahme.....	452
(4) Meldepflicht.....	452
4. Beratung eines Mandanten, der seine Einkünfte aus gewerbsmäßigem Anlagebetrug erzielt	452
a) Vortat.....	453
b) Konkretisierbares inkriminiertes Vermögen	453
c) Betroffene Dienstleistungen.....	453
(1) Anlageberatung und steuerliche Gestaltungsberatung....	454
(2) Steuerliche Analyse	454
(3) Erfüllung steuerlicher Pflichten (Buchhaltung, Steuererklärungs- und Bilanzerstellung)	455
(4) Vertretung im Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren	456
(5) Honorarannahme.....	457
IV. Vorbemerkungen zu den Falllösungen der Einzelkonstellationen...	458
V. Fallkonstellationen	459
1. Beratung eines Mandanten, der Schmiergelder erhalten hat	459
a) Fallvariante 1: Steuerrechtliche Gestaltungsberatung hinsichtlich inkriminierten Vermögens bei Kenntnis der Herkunft	461
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	461
(2) Übernahme des Mandats.....	462
(3) Annahme von Honorar	462
(4) Meldepflicht.....	462
b) Fallvariante 2: Steuerrechtsberatung hinsichtlich inkriminierten Vermögens bei Kenntnis der Herkunft.....	463
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	463
(2) Übernahme des Mandats.....	464
(3) Annahme von Honorar	464
(4) Meldepflicht.....	464
c) Fallvariante 3: Steuerrechtliche Analyse und Beratung hinsichtlich des Gesamtvermögens bei Kenntnis von der Inkriminierung.....	465
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	465
(2) Übernahme des Mandats.....	466
(3) Annahme von Honorar	466
(4) Meldepflicht.....	467
d) Fallvariante 4: Steuerrechtliche Analyse und Beratung hinsichtlich inkriminierten Vermögens bei dolus eventualis bezüglich der deliktischen Herkunft	467
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	468
(2) Übernahme des Mandats.....	469
(3) Annahme von Honorar	469

(4) Meldepflicht.....	469
e) Fallvariante 5: Selbstanzeige hinsichtlich des erlangten Schmiergeldes	469
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	470
(2) Übernahme des Mandats.....	471
(3) Annahme von Honorar	471
(4) Meldepflicht.....	471
f) Fallvariante 6: Umfassende Steuerberatung, Erstellung von Erklärungen, Vertretung nach außen.....	471
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	472
(2) Übernahme des Mandats.....	472
(3) Annahme von Honorar	473
(4) Meldepflicht.....	473
g) Fallvariante 7: Anlageberatung hinsichtlich inkriminierten Vermögens	474
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	474
(2) Übernahme des Mandats.....	475
(3) Annahme von Honorar	475
(4) Meldepflicht.....	475
h) Fallvariante 8: Anlageberatung in Bezug auf nicht inkriminiertes Vermögen bei Kenntnis von einer möglicherweise bevorstehenden Geldwäschetat	475
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	475
(2) Übernahme des Mandats.....	476
(3) Annahme von Honorar	476
(4) Meldepflicht.....	476
i) Fallvariante 9: Anlageberatung in Bezug auf nicht inkriminiertes Vermögen bei Kenntnis von der Geldwäschetat in der Vergangenheit	477
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	477
(2) Übernahme des Mandats.....	477
(3) Annahme von Honorar	477
(4) Meldepflicht.....	477
2. Beratung eines Mandanten, der Schmiergeld gezahlt hat.....	478
a) Fallvariante 1: Steuerliche Anlageberatung hinsichtlich des konkretisierbaren Gewinns aus der Korruptionstat.....	479
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	479
(2) Übernahme des Mandats.....	480
(3) Annahme von Honorar	481
(4) Meldepflicht.....	481
b) Fallvariante 2: Steuerliche Anlageberatung hinsichtlich nicht konkretisierbaren Gewinns aus Korruptionstat.....	482
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	482

(2) Übernahme des Mandats.....	482
(3) Annahme von Honorar	482
(4) Meldepflicht.....	482
c) Fallvariante 3: Anlageberatung bei hoher Provisionszahlung an einen unternehmensfremden Vermittler	483
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	483
(2) Übernahme des Mandats.....	485
(3) Annahme von Honorar	485
(4) Meldepflicht.....	485
3. Verteidigung/Beratung eines Mandanten beim Vorwurf einer Vortat	485
a) Fall 1: Verteidigung des Untreuebeschuldigten	486
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	486
(2) Übernahme des Mandats.....	486
(3) Annahme von Honorar	486
(4) Identifizierungs- und Meldepflicht	486
b) Fall 2: Erstattung eines die Verteidigung unterstützenden Gutachtens durch den Wirtschaftstreuhänder	487
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	488
(2) Übernahme des Mandats.....	489
(3) Annahme von Honorar	489
(4) Meldepflicht.....	489
c) Fall 3: Vertretung des Vortäters vor dem Arbeitsgericht.....	489
(1) Strafrechtliche Gefährdungsanalyse	489
(2) Übernahme des Mandats.....	489
(3) Annahme von Honorar	489
(4) Identifizierungs- und Meldepflicht	490
4. Beratung eines deutschen Mandanten mit Bezug zu Österreich...	490
a) Strafrechtliche Geldwäscheanalyse.....	490
b) Mandatsübernahme	491
c) Honorarannahme	491
d) Meldepflicht	491
5. Beratung eines Mandanten, der unfreiwillig an einem Umsatzsteuerkarussell beteiligt ist	491
a) Strafrechtliche Geldwäscheanalyse.....	491
(1) Strafbarkeitsrisiko des Geschäftsführers	492
(2) Strafbarkeitsrisiko des Beraters	492
b) Mandatsübernahme	492
c) Honorarannahme	492
d) Meldepflicht	492
6. Verteidigung eines Mitglieds einer kriminellen Organisation ...	493
a) Strafrechtliche Geldwäscheanalyse.....	493
b) Mandatsübernahme	494

c) Honorarannahme	494
d) Identifizierungs- und Meldepflicht	494
7. Betreuung des Vermögens einer kriminellen Organisation.....	495
a) Strafrechtliche Geldwäscheanalyse.....	495
b) Mandatsübernahme	495
c) Honorarannahme	496
d) Meldepflicht	496

**Teil 5
Anhang**

A. Vorschriften aus dem Gemeinschaftsrecht und dem nationalen Recht	499
I. Richtlinie 2005/60/EG	499
II. Strafgesetzbuch (Auszug)	528
III. Berufsrechtliche Regelungen	530
1. Notariatsordnung (Auszug)	530
2. Rechtsanwaltsordnung (Auszug).....	536
3. Wirtschaftstrehänder-Berufsausübungsrichtlinie (WT-ARL) (Auszug)	542
IV. Deutsches Strafgesetzbuch (Auszug).....	550
B. Checklisten und Merkblätter	552
I. Checkliste 1: Anti-Money-Laundering – Identifizierung natürliche Person.....	552
II. Checkliste 2: Anti-Money-Laundering – Identifizierung juristische Person	553
III. Merkblatt zu Checkliste Identifizierung natP/jP.....	554
IV. Checkliste 3: Anti-Money-Laundering – Risikobeurteilung	556
V. Merkblatt zu Checkliste AML-Risiko	557
C. Internetadressen	562
I. Österreichisches BKA.....	562
II. Wirtschaftstrehänderkammer.....	562
III. Akademie der Wirtschaftstrehänder	562
IV. FATF	562
V. Deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistung	562
VI. Bundesministerium der Justiz Deutschland	563
VII. The Federation of European Accountants.....	563
VIII. Sonstiges	563
Stichwortverzeichnis	565
Verzeichnis der Herausgeber und Autoren	573